

## Bericht des Gemeinderats

### **Interfraktionelles Postulat FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP) vom 14. Januar 2010: Sofortiger Marschhalt bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ! (10.00019)**

In der Stadtratssitzung vom 18. März 2010 haben die Motionärinnen Fraktion FDP und GLP Punkt 2 der folgenden Interfraktionellen Motion FDP und GLP zurückgezogen, Punkt 5 des Vorstosses hat der Stadtrat in ein Postulat umgewandelt und den so bereinigte Vorstoss erheblich erklärt (SRB 170 vom 18. März 2010). Mit SRB 269 vom 9. Juni 2011 stimmte der Stadtrat einer Fristverlängerung für die Abgabe des Prüfungsberichts zu Punkt 5 bis 18. März 2012 zu.

Ehrenamtliche Tätigkeit hat in der Schweiz einen hohen Stellenwert und eine lange Tradition. In letzter Zeit wurde es aber zunehmend schwieriger engagierte Bürgerinnen und Bürger zu finden, welche auf freiwilliger Basis Leistungen für die Gemeinschaft erbringen. Dieses Phänomen kann schweizweit beobachtet werden und hängt wohl mit der Entwicklung hin zur Organisationsgesellschaft zusammen. Damit ist das heute noch unentwegt anwachsende Angebot an Institutionen, Bürokratien, Anstalten und andern künstlich geschaffenen Strukturen gemeint, denen wir die Lösung der meisten Gegenwartsprobleme anvertrauen können (Geser 2001)<sup>1</sup>.

Die Freiwilligenarbeit bildet jedoch die Basis für den wachsenden Anspruch aller Bürger, ausserhalb von institutionellen Bindungen und unbehelligt von Gemeinschaftsbindungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen, in moralischen ebenso wie in politischen Fragen allein ihren persönlichen Überzeugungen zu folgen (Geser 2001).

Will man die Freiwilligenarbeit und insbesondere das Ehrenamt stärken, muss man ihnen mehr Freiräume schaffen und mehr Kompetenzen übertragen. Die Rolle des Staates (in der Stadt Bern vertreten durch die BSS) soll sich dabei auf die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen und auf die Koordination der Angebote untereinander begrenzen.

Mit dem eingeschlagenen Weg der Reorganisation bewirkt die BSS aber genau das Gegenteil: Es findet eine Verprofessionalisierung der Vereinsarbeit statt. Die Mitwirkungsrechte der Vereine werden eingeschränkt, die Basisdemokratie wird durch zentrale Steuerung ersetzt. Was bisher freiwillig, unbezahlt geleistet oder durch Spendengelder finanziert wurde, wird ersetzt durch städtische Mitarbeitende oder Mitarbeitende, welche dem städtischen Personalreglement unterstellt sind. Das Versprechen seitens BSS, dass der „notwendige Professionalisierungsschritt“ schlussendlich „kostenneutral“ sei, ist daher wenig glaubwürdig.

Aus „ehrenamtlicher Tätigkeit“ will die BSS ein so genannt „modernes Freiwilligenmanagement“ machen. „Freiwilligkeit“ ist unter diesen Prämissen nur noch eine Konzession an die alte Struktur. Die BSS möchte Profis engagieren, berufliche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und damit ihren Einfluss vergrössern. Die Informationsveranstaltung für die Stadträte vom 5.11.2009 liess darüber keine Zweifel offen.

Unter dem Deckmantel der „Organisationsentwicklung“ werden hochkomplexe Strukturen aufgebaut, und Prozesse verakademisiert. Wir sind der Meinung, das ist der falsche Weg und fordern den Gemeinderat deshalb auf:

---

<sup>1</sup> Quelle: Prof. Dr. Geser Hans: Zur Krise des Helfens in der individualisierten Gesellschaft. In: Sociology in Switzerland: Sociology of Health and Social Welfare. Zürich 2001

1. Bei der Reorganisation von VBG, DOK und TOJ einen Marschhalt einzulegen.
2. Zuerst die effektiven Bedürfnisse in den Quartieren abzuklären.
3. Eine politische Diskussion darüber zu führen, welche Bedürfnisse abgedeckt werden sollen.
4. Für die Befriedigung dieser Bedürfnisse Leistungsverträge auszuschreiben. Ausnahmen von diesem Vorgehen sind nur in begründeten Ausnahmefällen zulässig.
5. Die Leistungsverträge direkt mit dem/der leistungserbringenden Verein/Trägerschaft abzuschliessen und periodisch zu überprüfen resp. neu auszuschreiben.
6. Nur dort staatliche Leistungen zu erbringen, wo die private Initiative nachweislich zu kurz greift.
7. Auch diese staatlichen Leistungen periodisch zu überprüfen.

Bern, 14. Januar 2010

*Interfraktionelle Motion FDP und GLP (Pascal Rub, FDP/Michael Köppli, GLP);* Kathrin Bertschy, Tanja Sollberger, Jan Flückiger, Bernhard Eicher, Dannie Jost, Hans Peter Aeberhard, Jacqueline Gafner Wasem, Mario Imhof, Claude Grosjean, Peter Künzler, Tania Espinoza, Susanne Elsener, Barbara Streit-Stettler, Manuel C. Widmer, Vania Kohli, Vinzenz Bartlome, Claudia Meier, Kurt Hirsbrunner, Thomas Begert, Béatrice Wertli, Henri Charles Beuchat

### **Bericht des Gemeinderats**

Der als Postulat überwiesene Punkt 5 zielt insbesondere darauf, Leistungsverträge nicht mit Dachorganisationen abzuschliessen, welche ihrerseits mit Unterleistungsverträgen die mit der Stadt vereinbarten Leistungen sicherstellen. Der Gemeinderat wies bereits bei der Beantwortung des Vorstosses auf die Schwierigkeiten, den hohen Verwaltungsaufwand und die geringere Flexibilität von Verträgen mit vielen kleinen Trägerschaften hin.

Der Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (TOJ) war bereits zu diesem Zeitpunkt alleinige Trägerschaft für die offene Jugendarbeit und delegierte keine Aufgaben aus dem Leistungsvertrag an weitere Vereine. Insofern ist bei ihm der geforderte Postulatspunkt erfüllt.

Der Dachverband für die offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK) hat sich im Anschluss an die gestoppte Reorganisation mit den eigenen Strukturen auseinandergesetzt. Dabei haben sich Vorstand und schliesslich auch die Delegiertenversammlung entschieden, den DOK zu einer Fachorganisation mit direkter Trägerverantwortung weiterzuentwickeln. Seit dem 1. Januar 2012 ist der DOK alleiniger Träger aller ihm angeschlossenen Angebote. Insofern ist der genannte Postulatswille auch hier erfüllt.

Die Vereinigung für Beratung, Integrationshilfe und Gemeinwesenarbeit Bern (vbg) stellt alle professionellen Mitarbeitenden im Bereich Quartierarbeit direkt an und führt diese fachlich. Auch in den Bereichen Gastronomie, Reinigung und Administration ist der grösste Teil der Mitarbeitenden bei der vbg angestellt. Nur in einzelnen Trägerschaften gibt es zusätzliche Arbeitskräfte, die vom jeweiligen Trägerverein direkt angestellt und geführt werden. Die Bündelung der Führungsverantwortung bei der vbg erlaubt heute einen bedarfsorientierten Einsatz der personellen Ressourcen über Quartiergrenzen hinaus und erleichtert die kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung in einem zunehmend anspruchsvollen Feld.

Die Arbeitsweise der vbg basiert auf dem Zusammenspiel zwischen ehrenamtlich engagierten und im jeweiligen Quartier verankerten Personen und der professionellen Unterstützung durch die vbg. Letztere steht aber als leistungserbringende Trägerschaft in der Hauptverantwortung. In diesem Sinn ist die Forderung des Postulats auch in Bezug auf die vbg erfüllt.

Bezüglich der Frage der regelmässigen Überprüfung respektive Ausschreibung verweist der Gemeinderat auf den Begründungsbericht zur gleichnamigen Interfraktionellen Motion FDP und GLP, Punkt 4 und 7.

Bern, 14. März 2012

Der Gemeinderat